

Die politischen Flurschäden der Rechtswende

Autor(en): **Jost, Hans Ulrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **85 (2007)**

Heft 1

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-342000>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die politischen Flurschäden der Rechtswende

Der Einzug in den Bundesrat, vor vier Jahren, der Herren Blocher und Merz – auf Kosten einer Frau, notabene – brachte mit aller Deutlichkeit einen schon vor etlichen Jahren angeschobenen Rechtsrutsch zum Ausdruck. Viele glaubten,

Hans Ulrich Jost

es habe sich lediglich um ein Phänomen Blocher-SVP gehandelt und es genüge deshalb für eine Analyse, sich auf den Zürcher Tribün und seine rechtsnationale Partei zu konzentrieren. Doch so kommt man nicht weiter.

Der Rechtsrutsch der 1980er Jahre

Denn die Wahlen von 2003 waren nur noch die Krönung einer fundamentalen Rechtswende, die in den 1970er Jahren begonnen hatte und in der finanzpolitischen Regression der 1990er Jahre auf allen Fronten durchbrach. Das politische System folgte dieser Entwicklung, wie üblich, mit Verzögerung und bestätigte schliesslich den reaktionären Strukturwandel mit entsprechenden Auswechslungen des politischen Personals. Die SP konnte dabei zwar ihre Stellung halten, aber in der polarisierten politischen Landschaft gab nun die nationalistische Rechte den Ton an.

Bevor wir uns nun fragen, welche Optionen heute für die Wahlen zur Verfügung stehen, muss kurz auf eine unangenehme, aber entscheidende Tatsache hingewiesen werden. Die Schweiz ist, und dies insbesondere seit Beginn des 20. Jahrhunderts, ein mehrheitlich bürgerliches und konservatives Gemeinwesen, in dem die Linke bisher auf nationaler Ebene bestenfalls 30% der Wähler hinter sich bringen konnte. Dies kam bisher nur einmal, 1931, vor (wobei hier die Stimmen der Kommunisten mit einbezogen sind). Zudem verhinderte die bürgerlich-patriotische Kultur – Vereinswesen, Volksfeste, Sport, Militär und Schule – erfolgreich die Verbreitung eines auf andern Werten beruhenden Gesellschaftsmodells. Schliesslich darf auch nicht übersehen werden, dass der helvetische Kapitalismus, der mit seinen internationalen Geschäften erheblich am Volkseinkommen beiträgt, trotz seiner moralisch gelegentlich diskutierbaren Seiten in den Augen der Schweizer ein kaum in Frage gestelltes Erfolgsmodell darstellt.

Wenn nun die Linke, d. h. die SP und die Gewerkschaften, gelegentlich trotzdem wichtige politische Erfolge verbuchen konnten, so lag das in der Regel an zeitbedingten Machtkonstellationen, in denen bürgerliche Kräfte den Konsens der Linken suchen mussten. So kam

beispielsweise am Ende des Zweiten Weltkriegs die Sozialpolitik mit der Einführung der AHV endlich zum Zuge, weil man einen ähnlichen Konflikt wie den Landesstreik von 1918 verhindern wollte. Auch die 25 goldenen Jahre der Hochkonjunktur von 1948 bis 1973 bescherten der Linken, angesichts des Wachstums der Wirtschaft und des Ausbaus der Banken, einen Platz an der Sonne – allerdings unter Ausschluss der ausländischen Arbeitskräfte. Generell kann gesagt werden, dass das bürgerliche Lager dann Kompromisse eingeht, wenn spektakuläre Begleiterscheinungen einer Konfrontation mit der Linken die Gefahr in sich tragen, das Ansehen des schweizerischen Wirtschafts- und Finanzplatzes im Ausland zu schädigen. Denn eines der im Ausland erfolgreichsten Markenzeichen dieses Finanzplatzes ist die Stabilität des politischen Systems des Landes.

Die Torpedierung des Sozialstaates

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat die bürgerliche Rechte mit allen Mitteln dafür gesorgt, dass aus der punktuellen Sozialpolitik kein Sozialstaat hervorgeht. Wer die Geschichte der AHV und des Kranken- und Pensionskassenwesens ein wenig näher kennt, der weiss, dass der mühsame Gang dieser Institutionen durch ein Minenfeld führt, mit dem seit Jahrzehnten der Aufbau eines fortschrittlichen Sozialstaates sabotiert und verhindert wird. In den 1970er Jahren, als der Dienstleistungssektor jenen der Industrie überrundete, begann schliesslich eine breite Kampagne, mit der die Sozialpolitik, wie man so schön sagt, den «Marktkräften» unterstellt wurde. Eine entscheidende Weichenstellung erfolgte 1972 mit der Einführung des 3-Säulen-Prinzips, gefolgt 1985 mit dem Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge, mit dem die Altersvorsorge und die Pensionskassen in die Hände privat-

wirtschaftlicher Finanzinstitute getrieben und der Spekulation der Börse ausgesetzt wurden. Zu diesem sozialpolitischen Revirement passte denn auch bestens die an Zynismus grenzende freisinnige Parole von 1979: Weniger Staat – mehr Freiheit. Seither steht die Sozial- und die Fiskalpolitik in einem permanenten Trommelfeuer des bürgerlichen Lagers, wobei die SVP keineswegs die Hauptrolle spielt, sondern eher nur für das untere Niveau, d. h. die Stammtischpropaganda zuständig ist. Von der Öffentlichkeit nur wenig beachtet, erfolgte der Angriff auch auf Expertenebene und im universitären Bereich, wo Neoliberalismus, Marktdogmatik und Globalisierung das Feld zunehmend beherrschten. So konnte die NZZ schon 1984 triumphierend festhalten: «Hayek etwa widerfährt in seinen «alten Tagen» eine Aufwertung seiner Ordnungsvorstellungen, von der im schwülen Treibhausklima der sechziger Jahre, als der Glaube an das wirtschaftlich Machbare Triumphe feierte, als der Staat in der Maske des grossen Verführers umging und andere falsche Propheten ihr Unwesen trieben, wohl niemand zu träumen wagte.» Zur Erinnerung: Der Ökonom Friedrich August von Hayek (1899–1992), den auch Christoph Blocher gelegentlich zitiert, ist der grosse Prophet eines Liberalismus, in dem auch der kleinste Ansatz von Sozialpolitik als Teufelswerk verdammt wird.

Meinungsbildung als «liberaler» Markt

Noch ein letztes Wort zu diesem Umschwung, der für eine neue linke Politik im 21. Jahrhundert eine äusserst schwierige Ausgangslage schuf. Es geht um die Mediatisierung und Kommerzialisierung der Politik. Die Linke war schon seit Beginn ihrer politischen Emanzipation im Bereiche der Massenmedien erheblich benachteiligt. Immerhin, um 1900

In den 1970er Jahren begann eine breite Kampagne, mit der die Sozialpolitik den «Marktkräften» unterstellt wurde.

Die Taktik der Segmentierung der Wählerschaft, die einen beträchtlichen finanziellen Aufwand erfordert, hat die Kohärenz der politischen Programmatik weitgehend zerstört.

waren noch 7% der politischen Presse sozialdemokratisch, 1930 waren es noch 5% – doch heute gibt es praktisch keine linke Presse mehr. Noch drastischer zeigen sich die Verhältnisse, wenn man die Auflagen mit den Wählerstimmen vergleicht: die Linke hatte ungefähr dreimal mehr Wähler als die Auflagenzahl ihrer Presse; im bürgerlichen Lager war es genau umgekehrt, die Auflagenzahl ihrer Blätter war dreimal grösser als die Zahl ihrer Wähler. Die von der Presse beeinflusste politische Meinungsbildung liegt auch heute beinahe ausschliesslich in bürgerlicher Hand, und am Radio sorgt eine im Hintergrund wirksame Kontrolle dafür, dass linke Themen kurz gehalten werden. Im ähnlich gelagerten Fernsehen schliesslich entwickelte sich eine Kultur, in der politische Spektakel die ernsthaften Debatten verdrängten. Das Fernsehen trug nicht nur wesentlich zur Entpolitisierung der Öffentlichkeit bei, sondern lieferte auch eine Plattform für jene Politspektakel, die Stars wie Christoph Blocher bis zum Überdross zu missbrauchen verstehen. Dies führte denn auch dazu, dass die SVP ihren politischen Diskurs in erster Linie als Medienspektakel gestaltet, wobei es weniger um Inhalte als um Provokationen geht.

Die Unterstellung der Medienwelt unter die liberale Marktkultur wirkt sich bis in den akademischen und wissenschaftlichen Bereich aus. Die dem neoliberalen Kodex verpflichteten Wirtschaftswissenschaften dominieren die Hörsäle und beanspruchen ein jede Kritik erstickendes Wahrheitsprimat, während die Politologie sich mit simplen funktionalen Studien den Marktkräften anbietet. Der Bereich der kritischen Öffentlichkeit ist zudem, seitdem selbst die Schriftsteller auf ihr politisches Engagement verzichten, erheblich zusammengeschmolzen. Die Torpedierung der Sozialstaatsidee, die Angriffe auf Staat und Fiskalpolitik, die totale Kommerzialisierung der Medienwelt, die Instrumen-

talisierung der Geistes- und Sozialwissenschaften und die politische Entmündigung der Kulturschaffenden haben zu einer Situation geführt, in der die traditionelle linke Politik nur schwer überleben kann.

Pervertierung des politischen Diskurses

Das beste Beispiel, wie die politische Arbeit gemäss Markt- und Managementkriterien organisiert werden kann, liefert heute die SVP. Die Wählerschaft wird in Zielsegmente aufgeteilt, die mit spezifischen, unter sich nicht zusammenhängenden Schlagworten bearbeitet werden. So kann eine bestimmte Gruppe unter massivem Einsatz publizistischer Mittel mobilisiert und an das Label SVP gebunden werden. Bei der Produktion der Schlagworte hält man sich vorzugsweise an Vorurteile, Hassgefühle und patriotische Mythen. Programmatische Widersprüche werden nicht nur in Kauf genommen, sondern zynisch instrumentalisiert. Den älteren, wirtschaftlich benachteiligten und verunsicherten Mitbürger/innen wird eine mit Fremdenfeindlichkeit gespickte «Sicherheit» vorgegaukelt, während gleichzeitig deren materielle Grundlage durch Abbau der Sozialleistungen untergraben wird. Im Übrigen wird jeder politisch instrumentalisierbare Wirtschafts- oder Sozialsektor mit opportunistischen Schlagwortprogrammen angepeilt. Diese Taktik der Segmentierung der Wählerschaft, die einen beträchtlichen finanziellen Aufwand erfordert, hat die Kohärenz der politischen Programmatik weitgehend zerstört. Die Bürger/innen werden weitgehend entpolitisiert und nur noch als Konsumenten emotionsgeladener Propagandaparolen oder rassistischer Vorurteile erfasst.

Das schweizerische Initiativ- und Referendumssystem kommt dieser Aufsplitterung und Kommerzialisierung des politischen Diskurses in starkem Masse entgegen.

Initiativen, vor allem wenn sie emotional aufgeladen werden können, führen dank modernem Kommunikationsmanagement vielleicht nicht zum Erfolg, aber zumindest zu einer permanenten Präsenz einer Partei in der öffentlichen politischen Agenda. Nur, diese Strategie ist äusserst teuer und lässt jene Parteien ausbluten, die über keine umfangreichen Finanzreserven oder potente Sponsoren verfügen. Dies geschieht zurzeit mit der Sozialdemokratie. Die Kampagne um die Einheitskrankenkasse, deren Abschluss von den Gegnern mit einem bisher kaum gesehenen Einsatz organisiert wurde, ist geradezu ein Musterbeispiel dieser für die Linke tödlichen Politik.

Gibt es noch ein linkes Volk?

Es wäre nun jedoch falsch zu glauben, dass der Rechtsrutsch und die Pervertierung der politischen Öffentlichkeit die Chancen einer linken Politik gänzlich zerrüttet hätten. Untersuchungen zu Abstimmungen und Wahlen zeigen, dass die neoliberale Dogmatik und die rechtspopulistische Propaganda noch immer von einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung, insbesondere von Bürgern/-innen mit höherer Ausbildung, abgelehnt werden. Wir wissen auch, dass die Stammwählerschaft der SPS seit Langem nicht mehr in erster Linie aus der ohnehin sehr dünn gewordenen Arbeiterschicht stammt, sondern sich aus meist gut ausgebildeten Personen der Mittelschichten rekrutiert. Oder mit andern Worten: Bildung erweist sich als eine der guten Voraussetzungen, um dem Trend der rechtspopulistischen Demontage der Demokratie entgegenzutreten.

Das demagogische Vorgehen der SVP hat bekanntlich zu einer Polarisierung geführt, in der die SPS schliesslich die Rolle einer Anti-Blocher-Partei übernahm. Dies brachte jedoch einige bedenkliche Ent-

wicklungen mit sich. Indem die SPS ihren Diskurs immer mehr auf den SVP-Führer konzentrierte, half sie mit, diese Person, wenn auch nicht zu einem Mythos, so doch zu einem Politstar hochzustilisieren. Eine Strategie, die sich zu sehr auf eine negative, personenbezogene Fixierung abstützt, verliert rasch an politischer Substanz. Es ist deshalb höchste Zeit, nicht mehr der politischen Agenda der SVP nachzurrennen, sondern die eigene linke Programmatik zu erneuern. Angesichts der Zersetzung der politischen Öffentlichkeit und des Sozialstaates durch die neue bürgerliche und kapitalistische Renaissance kann die Linke nur eine Alternative bilden, wenn sie langfristige Perspektiven zu entwickeln und diese in der politischen Kultur zu verankern versteht. Dies wird, wie die Vergangenheit immer wieder gezeigt hat, nicht leicht sein. Doch die Verteidigung und Modernisierung eines die gesellschaftliche Solidarität bewahrenden Staates – einer der Grundgedanken der Verfassung von 1848 – ist noch immer eine von vielen Bürgern/-innen anerkannte Option, mit der die Linke durchaus eine glaubhafte Zukunftsperspektive aufbauen kann.

Hans Ulrich Jost, Jg. 1940, war von 1981 bis 2005 ordentlicher Professor für neuere Allgemeine und Schweizergeschichte an der Universität Lausanne und ist seit 2005 Präsident der Kommission zur Herausgabe der Diplomatischen Dokumente der Schweiz. Wichtigste Publikationen: *Bedrohung und Enge, 1914–1945* (in: *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*, Bd. 3, 1983); *Wirtschaft und Politik im Krieg. Die Schweiz 1938–1948* (1998); *Europa und die Schweiz 1945–1950* (1999). In den 1970er Jahren war Jost Präsident der SP-Sektion Bern-Ost. Infos: <http://home.citycable.ch/josthistoire/>

Bildung erweist sich als eine der guten Voraussetzungen, um dem Trend der rechtspopulistischen Demontage der Demokratie entgegenzutreten.